Erläuterungen zur Änderung der Tierseuchenverordnung

Befall mit dem kleinen Beutenkäfer

I. Ausgangslage

Mit der vorliegenden Änderung der Tierseuchenverordnung vom 27. Juni 1995 (TSV; SR 916.401) soll der *Befall mit dem kleinen Beutenkäfer* von den *zu überwachenden* zu den *zu bekämpfenden* Seuchen umgeteilt werden.

Der kleine Beutenkäfer ist im Sommer 2014 in Südtalien nachgewiesen worden. Obwohl umgehend Massnahmen zur Ausrottung und Verhinderung einer weiteren Ausbreitung des Käfers getroffen wurden, deuten die Resultate der weiteren Untersuchungen darauf hin, dass sich der Parasit in Italien etabliert und weiter ausgebreitet hat. Zur Verhinderung einer Verschleppung des Käfers aus Italien in die anderen Mitgliedstaaten wurden von der EU bereits gewisse Schutzmassnahmen im Zusammenhang mit dem Vorkommen des kleinen Beutenkäfers in Italien beschlossen. Aufgrund des regen Bienenverkehrs zwischen Süd- und Norditalien ist es nur eine Frage der Zeit, bis der kleine Beutenkäfer die Schweiz erreichen wird. Um eine Ausbreitung in der Schweiz zu verhindern, müssen bei einem Verdacht oder dem Nachweis eines Befalls mit dem kleinen Beutenkäfer unverzüglich Massnahmen zu dessen Bekämpfung getroffen werden können. Ziel ist es, die Verbreitung des kleinen Beutenkäfers bereits bei einer ersten Einschleppung in die Schweiz zu unterbinden.

Importe von Bienenvölkern in die Schweiz, die insbesondere auch aus Italien kommen, erfolgen üblicherweise in den Frühlingsmonaten. Importierte Bienen dürfen zwar gegenwärtig nur aus einem Gebiet mit einem Radius von 100 km stammen, das keinen Beschränkungen wegen des Auftretens oder Verdachts des kleinen Beutenkäfers unterliegt. Ein Risiko der Einschleppung des Parasiten in die Schweiz durch den Import von Bienen aus Italien kann aber dennoch nicht ausgeschlossen werden. Im März beginnt zudem die Flugsaison der Bienen. Damit bereits zu diesem Zeitpunkt Massnahmen gegen den Befall mit dem kleinen Beutenkäfer ergriffen werden können, bedarf es einer raschen Änderung der TSV.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 4 Bst. p^{bis} und Art. 5 Bst. u^{bis}

Umteilung des Befalls mit dem kleinen Beutenkäfer von den *zu überwachenden* Seuchen zu den *zu bekämpfenden* Seuchen.

Gliederungstitel vor Art. 274a

Für die Vorschriften über den Befall mit dem kleinen Beutenkäfer soll ein eigener Abschnitt geschaffen werden.

Art. 274b und 274c

Wenn in einem Bienenvolk, in dessen Umgebung oder im Imkereibetrieb, zu dem auch Lager- und Schleuderräume gehören, Larven oder adulte Käfer, die dem kleinen Beutenkäfer ähneln, aufgefunden werden, müssen diese in einem anerkannten Labor auf *Aethina tumida* untersucht werden. Bis zur Widerlegung des Verdachts dürfen keine Bienen und keine Produkte oder Materialien, in denen sich der kleine Beutenkäfer befinden könnte oder die mit dem kleinen Beutenkäfer in Kontakt gekommen sein könnten, den verdächtigen Betrieb verlassen. Dadurch soll eine mögliche Verschleppung des Käfers in andere Bienenstände verhindert werden. Die Massnahmen sollen auch für Betriebe mit kommerziell gehaltenen Hummeln gelten.

Art. 274a und 274d

Der Verdacht wird bestätigt, wenn die Untersuchungen im Labor ergeben, dass es sich bei den Eiern, Larven oder adulten Käfern um *Aethina tumida* handelt. In diesem Fall sollen alle nötigen Massnahmen getroffen werden, um eine Verschleppung des Käfers aus dem verseuchten Betrieb zu verhindern. Auf dem verseuchten Bienenstand und den zum betroffenen Betrieb gehörigen Lagerplätzen werden die nötigen Sanierungsmassnahmen getroffen. Da sich die Larven des kleinen Beutenkäfers für ihre Verpuppung im Boden aufhalten, muss auch der Boden in der direkten Umgebung des verseuchten Bienenstandes entsprechend behandelt werden.

Zudem soll um den verseuchten Bienenstand eine Schutz- und eine Überwachungszone eingerichtet werden, in denen der Verkehr mit Bienen und kommerziell gehaltenen Hummeln sowie sämtlichen Produkten und Materialien durch die eine mögliche Verschleppung des kleinen Beutenkäfers stattfinden könnte, verboten ist. In der Schutzzone sind alle Bienenstände durch einen Bieneninspektor auf den Befall mit dem kleinen Beutenkäfer zu kontrollieren. Die Bienenstände in der Überwachungszone werden durch das Anbringen von Fallen auf einen möglichen Befall mit dem kleinen Beutenkäfer kontrolliert.

Die Sperrmassnahmen können frühestens im auf das dem Seuchenausbruch folgenden Frühjahr aufgehoben werden, sofern bei der Nachkontrolle der Bienenstände in der Schutzzone keine verdächtigen Betriebe mehr vorhanden sind.

In Abweichung von dem in Artikel 274d Absatz 1 Buchstabe b enthaltenen Grundsatz soll das BLV anordnen können, dass auf die Vernichtung der befallenen Bienenvölker bzw. kommerziellen Hummelnester verzichtet wird, wenn dadurch die Verbreitung des kleinen Beutenkäfers voraussichtlich nicht verhindert werden kann. In diesem Fall muss eine entsprechende Behandlung der befallenen Bienenvölker bzw. kommerziellen Hummelnester nach Anleitung des Bieneninspektors erfolgen. Eine geeignete Behandlungsmethode wird derzeit vom BLV gemeinsam mit Experten auf der Grundlage wissenschaftlicher Kenntnisse erarbeitet.

Art. 274e

Das BLV wird in einer technischen Weisung detaillierte Vorgaben zu den Massnahmen zur Verhinderung der Seuchenverschleppung, den diagnostischen Untersuchungen, der Reinigung und Entseuchung sowie den Nachkontrollen erlassen.

Art. 274f

Tierverluste wegen des Befalls mit dem kleinen Beutenkäfer werden nicht entschädigt.

III. Auswirkungen der Verordnungsänderungen

Die Vernichtung der Bienenvölker und des Imkereimaterials im Seuchenfall werden bei den Tierhaltenden zu erheblichen finanziellen Verlusten führen. Für die Kantone werden die Anordnung von Massnahmen und die Kontrollen im Seuchenfall beträchtliche personelle Zusatzaufwendungen zur Folge haben.

IV. Vereinbarkeit mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz

Die vorgeschlagenen Verordnungsänderungen sind mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz, insbesondere mit dem Veterinärnachhang des bilateralen Landwirtschaftsabkommens zwischen der Schweiz und der EU (SR 0.916.026.81, Anhang 11) vereinbar.